

Haushaltsrede 2023

Herr Bürgermeister,
Liebe Anwesende hier im Saal,
liebe Menschen im Stream,

Auch wenn es einige sicher nicht hören wollen:
GO § 6 Abs. 2 lit. g)

Das BVerfG urteilte am 15. Januar 1958:

„Die Grundrechte sind in erster Linie Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat; in den Grundrechtsbestimmungen des Grundgesetzes verkörpert sich aber auch eine objektive Wertordnung, die als verfassungsrechtliche Grundentscheidung für alle Bereiche des Rechts gilt.

Dass ausgerechnet die CDU, die Partei, die sich immer und überall als die großen Verteidiger von Law and Order darstellt, geltendes Recht eher als „optional“ denn verpflichtend betrachtet, ist ja nicht neu.

Dass fast alle Fraktionen dieser so offenkundig rechtswidrigen GO auch noch ihre Zustimmung erteilen, erstaunt dann doch.

Die FDP? War mal eine Bürgerrechtspartei.

Die Grünen? Ihr tratet auch schon mal für Freiheit und Bürgerrechte ein. Schon vergessen?

SPD? UWG? Habt Ihr wirklich Angst, ohne diesen Punkt keine Informationen mehr zu bekommen?

Wie kann es sein, dass Sie sich erst nach Androhung juristischer Schritte und Vorlage eines Gutachtens und weitergehender Überprüfung durch von der Verwaltung beauftragte Juristen davon überzeugen lassen, dass Grundrechte mit Verfassungsrang auch in Meerbusch gelten?

Wie kann es sein, dass dann auch noch diejenigen, die sich für die Einhaltung von geltendem Recht einsetzen, als Nestbeschmutzer und Buhmänner dargestellt werden.

Sogar die Verwaltung und Presse tun so, als sei die Einhaltung von geltendem Recht und Herstellung von Öffentlichkeit und Transparenz etwas Schlechtes.

So werden wir dann auf der Webseite der Stadt niedergeschrieben, die Presse kopiert die Pressemitteilung, ohne mit den Betroffenen zu sprechen, während gleichzeitig die Rechtsbrecher als die Guten dargestellt werden.

Das perfide dabei ist ja, dass die mit diesem Paragraphen verbundene Absicht, und das, was dahintersteht, zutiefst demokratiefeindlich, intransparent und undemokratisch ist.

Denn kein Gesetz verbietet der Verwaltung, frühzeitig mit Vorhaben an die Öffentlichkeit zu gehen und für Transparenz und Mitbestimmung zu sorgen, auch, bevor man sich innerhalb der Verwaltung eine Meinung gebildet hat.

Zum gewünschten Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung läßt das jedenfalls nicht ein.

Und es ist ja nicht das einzige Mal in diesem Jahr, wo in Meerbusch geltendes Recht keine große Bedeutung zu haben schien.

Da gibt die Bauordnung NRW vor, bestimmte Stellplätze mit PV zu überdachen. In Meerbusch gilt das nur, wenn es dem Investor genehm ist.

Komisches Rechtsverständnis.

Während es CDU und FDP immer wieder schaffen, mich zum Lachen zu bringen und mir ein Kopfschütteln zu entlocken, was ja durchaus auch mal auf Gegenseitigkeit beruht, scheinen einige Personen in diesen Parteien über Allwissenheit und magische Fähigkeiten zu verfügen.

Den Eindruck kann man zumindest bekommen, wenn man deren überzeugend vorgetragene faktenbefreite Behauptungen hört, für die in der Regel natürlich keinerlei Belege geliefert werden. Getreu dem Motto aus Pipi Langstrumpf: „Ich mach' mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt.“

Ich erwähne hier CDU und FDP zusammen, da die FDP als eigene Partei und Fraktion in dieser Legislaturperiode nicht mehr erkennbar ist. Sie scheint nur noch dazu da zu sein, um der CDU die gewünschten Mehrheiten zu beschaffen.

So dann auch bei den Haushaltsberatungen.

Während fleißige Fraktionen sich um die Gestaltung innerhalb unserer Stadt bemühen und Anträge stellen, ist dieser Fleiß nicht bei allen Fraktionen gleich ausgeprägt.

So hat es die Kooperation aus CDU und FDP gerade mal auf 4 Anträge gebracht.

Die SPD immerhin auf 7.

GA und UWG liegen mit je 12 Anträgen gut im Mittelfeld.

Wir, als kleinste Fraktion haben versucht mit 17 Anträgen in der Stadt Flächenfraß entgegenzuwirken und den so häufig angemahnten Einsparungen gerecht zu werden.

Die Schwächsten in der Gesellschaft liegen uns am Herzen. Daher forderten wir Trinkwasserbrunnen und Ladeinfrastruktur für Laternenparker.

Nur die Grünen waren mit 23 Anträgen noch fleißiger, was wir neidlos anerkennen.

Während der Haushaltsberatungen haben CDU und FDP nicht einem einzigen Antrag einer anderen Fraktion zugestimmt.

Nicht selten, obwohl sie inhaltlich ja dafür waren.

Da fragt man sich dann, wozu kommen Sie eigentlich zu den Abstimmungen?

Reichen Sie doch einfach schriftlich ein, dass Sie alles ablehnen und machen sich einen schönen Abend.

Dann könnten wir dem Steuerzahler auch noch eine Menge Sitzungsgelder einsparen.

Aber gesellschaftspolitisch noch viel wichtiger:

Glaubt Ihr eigentlich, dass mit diesem ideologisch verblendeten Verhalten, noch nicht politisch aktive Menschen dazu motiviert werden, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen?

CDU und FDP mögen heute noch jedem Gestaltungswillen im Wege stehen, der nicht auf Ressourcenverschwendung und Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen beruht (wollen Sie nicht die Bauernpartei sein, @CDU?).
Aber auch Sie werden irgendwann da ankommen, wo wir schon lange sind.

Schade nur, dass zukünftige Generationen die Rechnung dafür zahlen müssen.

Und dazu passt dann auch das Zitat von Ayn Rand, mit dem ich meine Rede dann auch (fast) abschließe:

„Sie können die Realität ignorieren, aber nicht die Konsequenzen des Ignorierens dieser Realität.“

Danke an alle, die sich im vergangenen Jahr an einer konstruktiven Zusammenarbeit beteiligt haben.

Diesen Haushalt lehnen wir natürlich ab.

Andreas Wagner
Die FRAKTION